

Sonnabend, 11. Juli 1914.

Mittag-Ausgabe.

Mr. 320. 53. Jahrgang.

Das Posener Tageblatt erscheint an allen Wochentagen zweimal. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich in den Geschäftsstellen 3,00, in den Ausgabestellen 3,25, frei ins Haus 3,50, bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches 3,50 M.

# Posener Tageblatt

Anzeigenpreis für eine kleine Zeile im Anzeigenteil 25 Pf., Reklamenteil 80 Pf., Stellengedächte 15 Pf. Anzeigen nehmen an die Geschäftsstellen Tiergartenstr. 6 St. Martinstr. 62 und alle Annoncenbureaus.

Genusspr. Nr. 4246, 3110, 3249 u. 2273.

Herausgegeben im Auftrage des Komitees des Posener Tageblattes von E. Ginschel.

Telegr.: Tageblatt Posen.

Ausendungen sind nicht an eine Person, sondern an die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle zu richten. — Bei Einendung redaktioneller Beiträge wird gleichzeitige Angabe des Honorars erbeten; nachträgliche Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Unbenutzte Einendungen werden nicht aufbewahrt. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn das Postgeld für die Rücksendung beigefügt ist.

## Der Kaiser.

Der Kaiser begab sich am Freitag vormittag nach einem kurzen Landspaziergang bei Bergen an Bord der „Rosstock“ und nahm die Mittagstafel mit mehreren Herren der Umgebung beim deutschen Konsul Mohr. Gegen mittag traf der Postkurier vom Mittwoch abend ein. Es herrscht warmer Sonnenschein. An Bord ist alles wohl.

## Albanien.

### Die Lage in Durazzo.

In den feindlichen Stellungen wurde in der Nacht auf Freitag eine starke lebhaftige Bewegung beobachtet.

Die albanische Regierung hat den Vertrag mit der Dampfschiffahrtsgesellschaft Dalmatia betreffend den Dampfer Herzegowina verlängert.

### Die Fürstin von Albanien reist nach Deutschland.

Der Sonderberichterstatter der „Deutschen Tageszeitung“ meldet seinem Blatte auf radiotelegraphischem Wege von Bord des deutschen Kreuzers „Breslau“ vom 10. Juli:

Die Unruhe in der Stadt nimmt täglich zu. Heute sind wieder fünf Gendarmen in voller Ausrüstung mit Pferden desertiert. Die Fürstin reist mit ihren Kindern morgen oder übermorgen nach Deutschland, nicht nach Rumänien. Eine Revolution in Stutari wird anscheinend vorbereitet.

## Eigene Regierung der Usterleute!

### „Der Augenblick ist gekommen, Worte in Taten umzusetzen.“

Die erste von Sir Edward Carson einberufene Versammlung der provisorischen Usterregierung ist am Freitag zusammengetreten. Die Verhandlungen sind geheim und werden in der Usterhalle abgehalten, die von 400 bewaffneten Freiwilligen bewacht wird. In der Versammlung befinden sich der Herzog von Abercorn, Marquis von Londonderry und unionistische Parlamentsmitglieder von Uster.

Große Begeisterung kennzeichnete die Verhandlungen der ersten Versammlung der Regierung von Uster. Es wurde ein Antrag angenommen, in welchem es Carson überlassen wird, zu sagen, wann ein entscheidender Schritt unternommen werden solle, und in welchem erklärt wird, die Freiwilligen seien jeden Augenblick für die Mobilmachung bereit.

Sir Edward Carson sprach in sehr ernstem Tone. Er beklagte es, daß die Haltung der Regierung sehr unbefriedigend sei, und erklärte, für die Getreuen Usters sei der Augenblick gekommen, ihre Worte in Taten umzusetzen. Uster habe sich um den Frieden bemüht, werde aber keinen Frieden mit Unterwerfung annehmen.

## Deutsche und andere auswärtige Fragen im Unterhause.

Im englischen Unterhaus wurde am Freitag die Beratung des Budgets des Ministeriums des Außen fortgesetzt.

Der Unionist George Lloyd nahm auf die jüngsten englisch-deutschen Schiffsabkommen und Eisenbahnabkommen im Orient Bezug und sagte, England hätte dabei keine wesentlichen wirtschaftlichen Vorteile erlangt.

Der Liberale Bonsony sprach des längeren über die Wirkung der auswärtigen Politik auf die Rüstungen und sagte, der Flottenbesuch in Kiel habe die Besserung in den deutsch-englischen Beziehungen zum Ausdruck gebracht, aber er müsse fragen, warum die Besserung keinen Einfluß auf die Rüstungen habe, die weiter im Steigen seien. Marineminister Churchill habe nur gelegentlich einer Ansprache in einer Parteiversammlung in den Provinzen den phantastischen Vorschlag eines Flottenfesttages gemacht, und England könne nicht erwarten, daß Deutschland unter diesen Umständen darauf reagiere. Es sei gewiß ein sehr langwieriger und heikler Prozeß, die europäischen Regierungen dazu zu zwingen, sich gemeinsam mit dieser Frage zu beschäftigen, aber er glaube, daß ein Weg gefunden werden könnte, die unerträgliche Last, welche die Völker der Welt schwer niederdrücke, zu erleichtern. Er appelliere daher an Sir Edward Grey, daß dieser seinen großen Einfluß anbiete, eine Lösung des Problems zu versuchen, das gewiß voll von Schwierigkeiten sei, das aber niemand von der Regierung für unlösbar halten dürfe.

In Beantwortung der verschiedenen im Laufe der Debatte aufgeworfenen Fragen beschäftigte sich Staatssekretär Grey zuerst mit der Frage George Lloyds, daß das Auswärtige Amt verkümmert habe, sich Handelskonzessionen zu sichern. Grey sagte, Lloyd habe ihn gefragt, welche Vorbeeren er auf der Seite habe. Hinsichtlich der Konzessionen wolle er lieber, daß England Konzessionen erlange durch den guten Willen des betreffenden Landes, als durch diplomatischen Druck. Grey wies darauf hin, daß Lloyd sich selbst auf die Eisenbahnen beschränkt habe, und daß die Eisenbahnkonzessionen in Kleinasien schon vor Jahren genau eingeteilt worden seien, und erwähnte sodann die Verleselungs- und die Arsenalkonzession in der Türkei, die nicht unter dem Druck der Diplomatie gegeben worden seien. Man dürfe nicht nur die Eisenbahnkonzessionen ins Auge fassen, es gebe noch gewisse

andere Konzessionen in Kleinasien, die, wie er hoffe, heranreifen würden, und er denke, daß im Hinblick auf sie die britische Industrie sehr gut abschneiden werde. Bezüglich der Schifffahrt auf dem Guphat und Tigris erklärte Grey, er sei der Meinung, daß die Lage Englands unter dem neuen Abkommen nicht nur im wesentlichen besser sein werde denn je. Er begünstige diese Konzessionen, doch sei er nicht dafür, eine Truppenmacht zu entsenden, um die Vollendung der Vermessungsarbeiten zu ermöglichen. Was die Petroleumkonzessionen in Persien anlangt, so erwarte er nicht, daß sie zu einem Eingriff Englands in die neutrale Zone führen würden. Allerdings würden sie von der russischen Presse in ungünstigem Sinne besprochen. Ein Teil der britischen Presse und einige Redner nahmen an, daß England dazu gebracht werden würde, Dinge zu tun, die es niemals beabsichtigt habe, und er sei nicht überrascht, daß die russische Presse den Gegenstand aufgegriffen habe. Wenn der britische Handel im allgemeinen oder irgend etwas sonst in Südpersien Großbritannien dazu führen würde, mit der Unabhängigkeit und Unerkennung Persiens oder dem englisch-russischen Übereinkommen unvereinbare Schritte zu unternehmen, so würde über die Angelegenheit mit Persien oder Rußland verhandelt werden, wie man dies schon bei früherer Gelegenheit getan habe, als die Lage des britischen Handels auf der Straße Buschehr-Schiras Großbritannien fürchten ließ, daß unter britischen Offizieren stehende Streitkräfte benötigt werden würden. Zu den chinesischen Eisenbahnen übergehend, sagte Grey, daß verschiedene Schwierigkeiten im Zusammenhang mit den Übereinkommen zwischen den Gruppen entstanden seien, und daß er sich kürzlich bemüht habe, diese Schwierigkeiten zu beheben. Für Großbritannien stünden jetzt erhebliche Konzessionen in Frage, und er glaube, daß die Übereinkommen zwischen diesen Gruppen verschiedene Länder einschließlich Großbritannien in den Stand setzen würden, freier in den Teilen Chinas vorzugehen, in denen sie besondere Interessen hätten. In bezug auf Tibet führte Grey aus, daß das Vorgehen Chinas tatsächlich ein Versuch sei, Tibet zu erobern und es zu einer chinesischen Provinz zu machen. Da Rußland und England sich gegenseitig die Verpflichtung auferlegt hätten, in Tibet nicht einzugreifen, sei die Stellung Chinas dort vollständig sicher geworden. Chinas Vorgehen sei deshalb höchst unvernünftig, und England hätte Ursache, sich darüber zu besorgen. Hinsichtlich der Haager Konferenz hätte die Regierung von der Niederländischen Regierung die Einladung erhalten, sieben Mitglieder für das Internationale Komitee zu entsenden, welches im nächsten Juni zu dem Zwecke zusammenzutreten werde, das Programm für die nächste Haager Konferenz aufzustellen. Die Einladung würde auch angenommen werden, doch sei er der Meinung, daß das Komitee ein sehr schwerfälliges Gefüge wäre, falls es aus Vertretern aller Nationen bestehen würde, und daß ein kleines Komitee mehr der Sache Förderliches leisten würde. Zu den

Rüstungsausgaben übergehend, sagte Staatssekretär Grey: Es ist eine Frage von sehr großer Bedeutung, aber ich habe nichts Neues zu sagen. Ich nehme kein Wort von dem zurück, was ich über die Bedeutung und den Ernst der Frage gesagt habe. Ich habe mein Bestes getan, meinen Gefühlen starken Ausdruck zu verleihen, aber ich kann nicht sagen, daß sie in den anderen großen europäischen Ländern viel Widerhall gefunden hätten. Ich wünschte, ich könnte hoffnungsvoller sprechen, als ich es tue. Wenn von Zeit zu Zeit von einem Lande allein der Versuch gemacht worden ist, auf direktem Wege eine Beschränkung der Rüstungen einem fremden Lande vorzuschlagen, so ist dies stets als ein Versuch betrachtet worden, die Handlungsfreiheit zu beschränken und zu kontrollieren, und ist übel aufgenommen worden. Infolgedessen war es nutzlos, einen direkten Vorschlag zu machen.

## 30. Deutscher Landwirtschaftlicher Genossenschaftstag.

(Eigener Bericht des Posener Tageblattes.) (Unver. Nachdr. verb.) Hg. Breslau, 10. Juli.

In der heutigen zweiten öffentlichen Hauptversammlung, die gleichfalls sehr stark besucht ist, beschäftigt sich der deutsche landwirtschaftliche Genossenschaftstag zunächst mit dem Thema: Welche Erfahrungen sind in Bayern auf dem Gebiete der Güterzertrümmerung unter Mitwirkung der Genossenschaften gemacht worden und wie sind diese Erfahrungen anderwärts zu verwerten?

Der Berichterstatter Verbandsdirektor Freiherr v. Freyberg-Eisenberg (Nependorf) führte aus: Das bayerische Gesetz über Güterzertrümmerungen ist im August 1910 in Wirksamkeit getreten, und es hat den landwirtschaftlichen Genossenschaften eine ganz neue Aufgabe gestellt, nämlich auf dem Gebiete des Immobilienverkehrs in Konkurrenz zu treten mit dem Zwischenhandel. Es handelt sich nicht darum, den Zwischenhandel überhaupt zu unterbinden, sondern darum, den Auswüchsen des gewerbemäßigen Zwischenhandels entgegenzutreten. Bei der Beratung im bayerischen Landtag haben politische Gesichtspunkte im engeren Sinne nicht mitgespielt, sondern es waren ausschließlich volkswirtschaftliche Interessen maßgebend. Die Aufstellung landwirtschaftlicher Großgrundbesitzer sollte auch nicht gehemmt werden, die Verringerung der Durchschnittsgröße der landwirtschaftlichen Güter ist an sich kein Nachteil, denn sie fördert die intensive Bewirtschaftung und es ist auch erwünscht, wenn eine größere Zahl von Menschen auf dem Lande lebt. Auch in Bayern sind über 30 Prozent der landwirtschaftlichen Güter in der Größe von 5 bis 20 Hektar, stellen also kleinbäuerlichen Besitz dar. Die Ver-

kleinerung der landwirtschaftlichen Besitzgrößen kann auch zur Gesundung der Landwirtschaft insofern beitragen, als dann von den Besitzern nur so viel Landwirtschaft betrieben wird, als sie mit ihren eigenen Kräften und eigenen Leuten bewirtschaften können. Die Verkleinerung kann aber, wenn sie ausschließlich durch gewerbemäßigen Zwischenhandel geschieht, sehr nachteilig wirken. Ein Hauptnachteil ist die Preissteigerung des Bodens durch die Händler und ihre Unterhändler. Bei den meisten Besitzern spielt die Absicht des Landverwerbs eine große Rolle und sie sind meist geneigt, Preise zu zahlen, die volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigt sind. Der kleine Landwirt ist bekanntlich geneigt, seine Arbeitskraft nicht in Rechnung zu stellen. Der bayerische Zwischenhandel wurde 1908/9 auf ein Einkommen von 7 Millionen Mark geschätzt; rechnet man noch die Nebenkosten, die Verdienste der Unterhändler usw. dazu, dann kommt man auf eine sehr erhebliche Summe. In zwölf Jahren ist nach einer Berechnung der bayerischen Staatsregierung

eine Verteuerung des Bodens um 90 Millionen Mark eingetreten.

Der Hektar ist um 450 Mark teurer geworden und dies allein dadurch, daß die Güterzertrümmerung gewerbemäßig betrieben wurde. (Hört, hört!) Die Tätigkeit der Güterhändler nimmt auf volkswirtschaftliche Interessen keine Rücksicht und sie bestreitet in zahlreichen Fällen die Güterzertrümmerung ohne Grund. Intensive Verschulbung und große Abhängigkeit der Käufer von den Güterhändlern sind die bedenklichsten Nachteile der gewerbemäßigen Güterzertrümmerung. Württemberg hat schon längst für Parzellierungen die Bedingung einer dreijährigen Sperrfrist eingeführt. Der Entwurf der bayerischen Staatsregierung sah eine behördliche Genehmigung für jede Güterzertrümmerung vor, der Landtag konnte sich aber dazu nicht entschließen, weil er der Meinung war, daß den Behörden dadurch ein gewisser Eingriff in das Privateigentum eingeräumt und sie schließlich vor Aufgaben gestellt werden könnten, denen sie nicht gewachsen sind; es wurde aber die Anzeigepflicht von jeder Güterzertrümmerung eingeführt. Der Redner bepricht eingehend das bayerische Gesetz und schildert seine Wirkungen während des dreijährigen Bestehens. Er hebt hervor, daß dieser Zeitraum für die Beurteilung um so günstiger ist, da die Einführung des Gesetzes in eine Zeit der wirtschaftlichen Depression fiel und man in der ersten Zeit auch mit einer ungeheuren Agitation der Güterhändler zu rechnen hatte. Seine Ausführungen faßt der Referent in folgendem Antrage zusammen:

1. Der Versuch, wie er mit dem bayerischen Güterzertrümmerungsgesetz bezüglich der Heranziehung der Spar- und Darlehnskassen zu einer möglichen Ausschaltung des Zwischenhandels auf dem Gebiete des Verkehrs mit Grund und Boden gemacht worden ist, ist zu begrüßen und hat sich im großen Ganzen bewährt.

2. Die mit dem bayerischen Gesetz in den drei Jahren seiner Geltung gesammelten Erfahrungen lassen für eine Nachahmung des bayerischen Beispiels in anderen Staaten folgende Gesichtspunkte besonders erwägenswert erscheinen:

a) Gesetzgeberisch am schwierigsten zu fassen sind jene Fälle, in welchen zwar der Güterhändler tatsächlich die ganzen Geschäfte besorgt, nach außen hin jedoch der Anwesensbesitzer die Aufstellung durchführt, wenn auch unter Zusage einer anteilmäßigen Vergütung und einer Mindesteinnahme an den Unterhändler.

b) Der Gefahr einer Festlegung von Genossenschaftsgeldern ist durch tunlichste Bereitstellung entsprechender Vorkehrungsmöglichkeiten aus öffentlichen Mitteln vorzubeugen.

c) Der Gefahr eines denkbaren Mißbrauchs des eingeräumten Vorkaufsrechts durch die Spar- und Darlehnskassen selbst oder einzelne Mitglieder ist — abgesehen von etwaigen Maßnahmen der Genossenschaft — durch den Vorbehalt vorzubeugen, daß das Vorkaufsrecht nur gemeinnützig wirkenden Genossenschaften zuerkannt und diese Anerkennung auch wieder zurückgezogen werden kann.

Der Redner führt zur Begründung dieses Antrags noch aus: Den Darlehnskassen wird damit anscheinend eine neue Aufgabe gestellt, für die sie sich aber in Bayern durchaus bewährt haben. Erst die Zeit wird ergeben müssen, ob diese Genossenschaften in größerer Zahl in der Lage sind, diese Aufgabe durchzuführen. Wenn die Genossenschaften aber sich für diese Aufgabe erst volkswirtschaftlich genügend vorbereitet und daran gewöhnt haben werden, dann wird ihre Wirksamkeit auch auf diesem Gebiet zum allgemeinen Segen und namentlich der Landwirtschaft zum Vorteil dienen können. (Lebhafte Zustimmung.)

Zu der

### Besprechung

dieses Referats nahm zunächst das Wort

#### Verbandsdirektor Dr. Wegner - Posen:

Die intensive Wirtschaft und die Arbeiternot sind, wie der Vortragende ausgeführt hat, ein Hauptbeweggrund für die Verkleinerung der landwirtschaftlichen Betriebe. Wir haben in Deutschland 800 000 ausländische Arbeiter; das Bedenkliche ist, daß jetzt nicht nur der Großgrundbesitz, sondern auch schon die Großbauern auf die Verwendung ausländischer Arbeiter angewiesen

sind. Hier müssen also die Maßnahmen getroffen werden, Grund und Boden müssen in ihrer Verteilung dem Bedürfnis angepaßt werden. Die guten Geschäfte, die die Güterhändler machen, beweisen ja, daß ein großer Unterschied zwischen der Tätigkeit der Händler und der Genossenschaften besteht. Der Händler nimmt nur das Interesse des Verkäufers wahr, die Genossenschaften aber werden die Interessen des Käufers auch im Auge behalten. Mit dem Standpunkt: die richtige Mischung muß vorhanden sein, wird den gemeinnützigen Genossenschaften eine große Schwierigkeit bereit.

Wir hoffen, daß Preußen bald dem bayerischen Beispiel nachfolgt,

dann aber den gemeinnützigen Klassen einen größeren Spielraum für ihre Wirksamkeit lassen wird. Wenn nicht vor hundert Jahren die Generalommissionen mit so großer Machtvollkommenheit ausgestattet worden wären, so daß sie vollkommen unabhängig von lokalen wirtschaftlichen Interessen waren, so hätten sie das, was sie für die Bauern erreicht haben, nicht durchführen können. (Lebh. Zustimmung.)

Bauerngutbesitzer Anlauf-Oberhof: Die Vorredner haben von der Parzellierung der Güter im Osten gesprochen, im Westen aber sieht der Staat zu, wie die Güter von den Großgrundbesitzern aufgekauft werden.

Rechtsanwalt Dr. Reinke, Syndikus des Westfälischen Verbandes: Wir in Westfalen stehen dem neuen preussischen Grundteilungsgezet feindsich gegenüber...

Wir wünschen jetzt auch, daß das Fideikommissgesetz auf bäuerliche Besitztümer ausgedehnt werde.

Es ist kein Zweifel, daß es eine Aufgabe des Staates ist, ungenutzte Güter zu veräußern und Preissteigerungen entgegenzuwirken. Der preussische Gesetzentwurf will auch für die Teilübertragungen die Genehmigung eingeführt sehen.

Der Antrag des Referenten wird einstimmig angenommen. Der nächste Vortrag betrifft die

Verstärkte Heranziehung der ländlichen Arbeiter zu den ländlichen Genossenschaftsorganisationen.

Berichterstatter ist der Deputierter im Rgl. Landesökonomikollegium Dr. Asmis-Berlin. Er unterbreitet folgenden Antrag: Der Aufgabe des ländlichen Genossenschaftswesens, allen Teilen der ländlichen Bevölkerung die Vorteile des Zusammenschlusses zu gemeinsamer Arbeit zuteil werden zu lassen...

Der Zweck der Genossenschaft ist es, die Vorteile des Zusammenschlusses zu gemeinsamer Arbeit zuteil werden zu lassen. Die ländlichen Genossenschaften sind zwar schon bisher den Arbeitern im allgemeinen zugänglich gewesen, aber vielfach haben die Arbeiter hiervon nicht den erwünschten Gebrauch gemacht.

Es ist hier nicht am Platze, zu erwägen, ob die Ausdehnung der Konsumvereinsbewegung auf das Land volkswirtschaftlich von Nutzen oder schädlich wäre, weil nämlich das Kleingewerbe davon sehr hart betroffen würde.

better nicht Mitglieder, sondern Lieferanten, überwiegend handelt es sich um anfängliche Arbeiter. Wir dürfen nicht warten, bis der Klassenkampfgedanke von der Stadt auf das Land übergesprungen ist und die Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich als zwei Klassen schroff gegenüberstellen.

Ökonomierat Johannsen: Im allgemeinen stehe ich durchaus auf dem Standpunkt des Referenten, daß mit allen Mitteln dahin zu streben ist, auch die Arbeiter an der genossenschaftlichen Arbeit teilnehmen zu lassen.

Ökonomierat Köpcke: Die Landwirtschaftskammern und der Bund der Landwirte sind bestrebt, die Arbeiter immer mehr zu den Genossenschaften heranzuziehen und für die Landwirtschaft zu interessieren.

Verbandsdirektor Klinger-Hahn-Rgl. Weinberge bei Prag: Bei den deutsch-böhmischen Reisevereinen hatten wir 1913 243 000 Arbeiter als Mitglieder mit 6 Millionen Kronen Spareinlagen, und von den Kindern war eine Million eingelegt.

Pastor Bethge-Rustamin empfiehlt, nach sozialdemokratischem Beispiel Kalender zur Werbung herauszugeben. Baudirektor Maier-Darmstadt hebt hervor, daß man in Hessen außerordentlich gute Erfahrungen mit dem Zusammenarbeiten von Arbeitergenossenschaften und ländlichen Genossenschaften gemacht hat.

Reichsgraf v. Oppersdorff-Oberglogau glaubt, daß die Herausgabe von Kalendern, die heute schon durch die verschiedenen politischen Organisationen erfolgt, den Genossenschaften zu große Schwierigkeiten bereiten würde.

In seinem Schlussswort erklärte der Referent Dr. Asmis, sich wohl bewußt zu sein, welche Hemmungen sich in der Praxis noch einstellen werden.

Zum Schluß beschäftigte sich der Genossenschaftstag noch mit der Frage eines einheitlichen Bilanzschemas für ländliche Kreditgenossenschaften und Zentralkassen.

39 Millionen Konkursforderungen.

In dem am Freitag bei dem Amtsgericht Berlin-Mitte abgehaltenen Prüfungstermin im Konkurs des Warenhauses Wolff Wertheim G. m. b. H. wurde mitgeteilt, daß die angemeldeten Forderungen 213 000 M. die angemeldeten nicht bevorrechtigten Forderungen rund 39 Millionen Mark betragen.

Es dürfte sich gewisse Leute den Umfang des Konkurses glauben zu nutzen machen zu können, indem sie Forderungen anmelden, die auch der geringsten Berechtigung unbedürftig sind.

Zur Tagesgeschichte.

Keine neue Flottenvorlage.

Gegenüber der in mehreren Blättern aufrecht erhaltenen Behauptung, im kommenden Winter sei eine neue Flottenvorlage zu erwarten, erfährt die amtliche „Leipziger Zeitung“ von zuständiger Stelle, daß hiervon keine Rede ist.

Wahlen in Dänemark.

Bei den dänischen Landtagswahlen am Freitag wurden 20 Rechtsstehende, 5 Freikonservative, 20 Linksstehende, 5 Radikale und 4 Sozialisten gewählt.

Der Berliner serbische Studentenverein.

Die drei Vorsitzenden des serbischen Vereins, die vor einigen Tagen von der Polizei festgenommen wurden, sind, wie das „Sächsische Telegraphen-Bureau“ von informierter Seite erfährt, sofort wieder in Freiheit gesetzt worden.

Der französische Senat und die Postbeamten.

Die Finanzkommission des französischen Senats hat soeben eine bedeutungsvolle Entscheidung getroffen. Mit 13 gegen eine Stimme hat sie abermals, trotz des Einspruchs des Ministers Thompon, die Kredite abgelehnt.

Deutsches Reich.

Prinz und Prinzessin Citel-Friedrich verließen am Freitag Wilhelmshöhe, um auf der Ostsee mehrtägige Kreuzfahrten auf der Segelyacht „Iduna“ zu unternehmen.

Prinzessin Irene von Preußen, die Gemahlin des Prinzen Heinrich, wird am Sonnabend, 11. Juli 48 Jahre alt.

Todesfall. In Bregenz ist nach langer schwerer Krankheit im Alter von 67 Jahren Prinz Gustav von Thurn und Taxis gestorben.

Reichstagsabgeordneter Graf Bestarp spricht über „Die demokratisierenden Tendenzen im öffentlichen Leben der Gegenwart und die Verfassung des Deutschen Reiches“.

Parlamentarische Nachrichten.

Fischereigenossenschaften. Die 16. Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorberatung des Fischereigesetzes erließigt am Mittwoch die allgemeinen Vorschriften über die Fischereigenossenschaften.

weitere Beschwerde an die höhere Aufsichtsbehörde zulässig ist...

Heer und Flotte.

Ein neuer Offizierturnier wird durch Allerhöchste Kabinetsorder eingeführt.

Rumänien.

Eine rumänische Ehrung des Baren. Eine Abordnung des rumänischen Infanterie-Regiments in Kaserei...

Lokal- und Provinzialzeitung.

Posen, den 11. Juli.

Auszeichnung für Verdienst um die Pferdezucht.

Dem Rittergutsbesitzer von Modisowski in Kromolice, Ar. Koschmin, dem Rittergutsbesitzer von Czarniecki in Dobrzyca...

Lehrgang der Landwirtschaftskammer für Forstbeamte.

Vom 27. bis 31. d. Mts. findet ein Lehrgang für Forstbeamte in Sierzbau statt.

Justizpersonalien.

Dem Landgerichtspräsidenten, Geh. Oberjustizrat Dau in Elbing ist die Kgl. Krone zum Roten Adlerorden...

Erledigte Oberförsterstelle.

Die Oberförsterstelle Falkenberg im Regierungsbezirk Merseburg ist zum 1. November 1914 zu besetzen.

Besichtigungsreise des Kreisvereins Posen.

Der Landwirtschaftliche Kreisverein Posen besichtigt gemeinschaftlich am 19. Juli das Rittergut Uhlenshof.

Der Wasserstand der Warthe betrug hier heute früh 0,18 Meter.

Gostyn, 9. Juli. Der Kreisobstbauverein hielt auf Einladung des Oberamtmanns Schmidt-Deplaff...

Abelnau, 7. Juli. Auf Einladung des hiesigen Magistrats fand gestern im Vereins Hause eine Versammlung von Interessenten zur Gründung einer landwirtschaftlichen Kartoffelflockenfabrik.

Kogasen, 10. Juli. In der am Mittwoch abgehaltenen Stadtverordnetenversammlung erstattete Justizrat Sahn Bericht über eine im Interesse der Stadt ausgeführte Reise.

Hohensalza, 10. Juli. Von einem Bau stürzte der Arbeiter Dwczarek schwer verletzt wurde er ins Krankenhaus geschafft.

Frankfurt a. D., 10. Juli. Eine neue Worder im Lebuser Kreise wird aus Fürstenwalde berichtet.

Montag vermisst. Man glaubte bisher, das Mädchen sei zu seinem Liebhaber nach Berlin gegangen.

Neurobe, 11. Juli. (Privattelegramm.) In der Nacht zum Donnerstag hat sich in der Ortschaft Luisenhain bei Getersdorf im hiesigen Kreise eine furchtbare Bluttat ereignet.

Königsberg i. Pr., 10. Juli. Der Magistrats-Bureau-Assistent Bruno Freitag hat sich aus Lebensüberdruß erschossen.

Reichstagsersatzwahl in Koburg.

Koburg, 10. Juli. (Vorläufiges amtliches Wahlergebnis.) Bei der heutigen Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Koburg-Gotha wurden bis 11 1/2 Uhr im ganzen 14 495 gültige Stimmen gezählt.

Es ist kaum anzunehmen, daß die 12 kleineren Orte das Ergebnis noch so stark verändern, daß der national-liberale Kandidat doch noch in die Stichwahl kommt.

Telegramme.

Berlin, 11. Juli. Mit dem heutigen Tage treten die 90 Krankenkassenärzte der Kreise Oberbarnim, Angermünde und Templin in den Ausstand.

Wien, 10. Juli. Wie das „Neue Wiener Tageblatt“ meldet, ist der Botschafter Prinz zu Hohenlohe Schillingsfürst gestern abend nach Berlin abgereist.

London, 10. Juli. Im Unterhause fuhr Grey in seiner Auslandsrede fort: Die Großmächte seien über die Balkankrise hinweggekommen.

Die angeblichen Abmachungen von Konopischt. Petersburg, 11. Juli. (Privattelegramm.) Die „Wetschna Wremja“ glaubt, einige Einzelheiten aus der Unterredung Kaiser Wilhelms mit dem österreichischen Thronfolger...

Petersburg, 11. Juli. (Privattelegramm.) Die „Wetschna Wremja“ glaubt, einige Einzelheiten aus der Unterredung Kaiser Wilhelms mit dem österreichischen Thronfolger...

Der albanische Ministerpräsident in Petersburg. Zarsoje Seflo, 10. Juli. Turhan Pascha stattete heute dem Minister des Äußeren sowie dem französischen und dem englischen Botschafter einen Besuch ab.

Das serbische Konkordat mit der Kurie.

Wien, 10. Juli. Zum Gegenstand des von Serbien mit der Kurie abgeschlossenen Konkordats erzählt das „Fremdenblatt“ mit Bezug auf die Zeitungsmeldung von der Bewilligung der altserbischen Liturgie...

Der Dreiverband und die serbischen Fürstenmörder.

Wien, 10. Juli. Wie das „Neue Wiener Tageblatt“ von unterrichteter Seite erfährt, bestätigt sich die Nachricht, daß die Mächte der Triple-Entente durch ihre Belgrader Gesandten bei der serbischen Regierung einen freundschaftlichen Schritt unternehmen werden...

Pöhllicher Tod des russischen Gesandten v. Hartwig.

Belgrad, 11. Juli. Heute abend um 9 Uhr erschien der russische Gesandte v. Hartwig beim österreichisch-ungarischen Gesandten, Frhrn. v. Giesl, um ihm einen Besuch abzustatten.

Während der Unterhaltung griff v. Hartwig plötzlich mit der Hand gegen das Herz, beugte den Kopf und fiel vom Sofa auf den Fußboden.

Ein Doppelflug über den Kanal.

Paris, 11. Juli. Der deutsche Flieger Hirth und der französische Flieger Garros stiegen gestern früh auf Marne-Embarkern zum Fluge nach London auf.

Das Mißtrauen der Ulsterrebellen gegen das Ministerium Asquith.

London, 10. Juli. Die Versammlung der provisorischen Regierung von Ulster hat eine Resolution angenommen, in der erklärt wird, daß das Mißtrauen gegen die bona fides der Regierung sie zwingt, in ihren Vorbereitungen zum Widerstand gegen die Auserlegung eines Homerule-Parlaments auf Ulster fortzuführen.

Gandel, Gewerbe und Verkehr.

Die Blaueer Baumwollspinnerei A.-G. hat infolge Mangels an Kapital ihren Betrieb eingestellt. Viele Arbeiter sind dadurch brotlos geworden.

Zuckerberichte.

Hamburg, 10. Juli. nachm. 2.10 Uhr. Rüben-Rohzucker 1. Prod. Basis 88% Rendement neue Ulfance frei an Bord Hamburg für 50 Kilogr. für Juli 9,27 1/2, für August 9,40, für September 9,45, für Oktober-Dezbr. 9,47 1/2, für Januar-März 9,62 1/2, für Mai 9,77 1/2. Stetig.

Hamburg, 10. Juli. abends 6 Uhr. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 Prozent Rendement: neue Ulfance, frei an Bord Hamburg für 50 Kilogr. für Juli 9,27 1/2, für August 9,42 1/2, für September 9,50, für Oktober-Dezember 9,50, für Januar-März 9,67 1/2, für Mai 9,82 1/2. Stetig.

Paris, 10. Juli. (Schluß.) Rohzucker ruhig, 88% neue Kondition 31 1/2 a 30 3/4. Weißer Zucker stetig, Nr. 3 für 100 Kilogr. für Juli 34, für August 34 1/2, für Oktober-Januar 32 1/2, für Januar-April 32 3/4.

Berlin, 11. Juli. Wetter: Schön. Newyork, 10. Juli. Tendenz: matt. Canadian Pacific Aktien 189 1/2, Baltimore und Ohio 90,75, United States Steels Corporation 61 1/2.

Newyork 10. Juli. Weizen für Juli 89 3/4, für September 86 7/8, für Dezember 89 1/8.

Röln, 10. Juli. Rüböl loco —, für Oktober 70,00. — Wetter: Schön.

Hamburg, 10. Juli. nachmittags 2 Uhr. Getreidemarkt. Weizen ruhig, Mecklenburg und Ditholmeischer 205-208,00. Roggen matt, Mecklenburger und Altin. neuer 170,00, russ. cif. 9 Bud 10/15 Juli-August 124,00. Gerste stetig, südruss. cif. Juli 120,50. Hafer ruhig, neuer Holz u. Mecklenb. 168-173. Mais fest, Amerikanischer mixed cif. für Juli —, La Plata cif. für Juli-August 108,50. Rüböl ruhig, verollt 67,50. Leinöl ruhig, loco 53,00, für September-Dezbr. 56,00. — Wetter: Schön.

Hamburg, 10. Juli. nachm. 2.30 Uhr. Kaffeemarkt. Good average Santos für September 48,00 Gd., für Dezember 49,00 Gd., für März 49,50 Gd., für Mai 50,00 Gd. Ruhig.

Hamburg, 10. Juli. abends 6 Uhr. Kaffeemarkt. Good average Santos für September 48,00 Gd., für Dezember 49,00 Gd., für März 49,50 Gd., für Mai 50,00 Gd. Ruhig. Wien-West, 10. Juli. vorm. 11 Uhr. (Getreidemarkt.) Weizen fest, für Oktober 12,85, für April 13,00. Roggen für Okt. 9,28. Hafer für Oktober 7,64. Mais für Juli 7,27, für August 7,36, für Mai 7,14. Rohlraps für August 15,50. — Wetter: Bewölkt.

Telegraphische Fondskurse.

Breslau, 10. Juli. (Schluß-Kurse.) 3 1/2 Prozent. Schlesiische Pfandbriefe Lit. A. 87,80. 4proz. Poln. Pfandbriefe (Sproz. Couponsteuer) 79,75. Bresl. Diskontobank-Akt. —, Schlef. Bank-Aktien 160,75. Archimedes-Aktien 123,25. Bresl. Spirit-Akt.-Ges.-Akt. 430,00. Cellulose-Fabrik Feldmühle-Aktien 152,50. Donnersmarthütte-Aktien 325,00. Eisenhütte Silesia Akt.-Ges.-Aktien 116,00. Hohenlohe-Werke Akt.-Ges.-Aktien 105,00. Rattowitzer Bergbau-Aktien 211,00. Königs- und Laurabütte-Aktien 145,50. Niederschles. Elektr.- und Kleinbahn-Aktien 152,00. Oberschles. Eisenbahndarfst.-Akt. 86,00. Oberschl. Eisenindustrie-Aktien 85,25. Oberschles. Kotsch., Chem. Fabr.-Aktien 217,00. Oberschles. Portland-Zement-Akt. 155,25. Opplener Zement (Grundmann) Akt. 148,00. Portland-Zement (Giesl) Akt. 153,00. Schlef. Elektr.- und Gas Lit. A. Akt. 183,00. Schlef. Elektr.- u. Gas Lit. B. Akt. 179,00. Schlef. Feinindustrie Krampja Akt. 116,00. Schlef. Zement (Groschowitz) Akt. 156,00. Schlef. Zinnhütten-Aktien 345,00. Silesia Verein. Chem. Fabr.-Aktien 169,75. Verein Freiburger Uhrenfabriken 125,00. Zbunmer Zuckerfabrik-Aktien 140,00. Russische Banknoten 214,00. Schwankend.

